**PRESSEMITTEILUNG ULI SCKERL MdL**

**25.09.2015**

**Grüne betonen Verantwortungsgemeinschaft**

**Zur Bedeutung des Flüchtlingsgipfels für die Gemeinden**

Nach den harten Bund-Länder-Verhandlungen in der Asylpolitik liegt seit Donnerstag-abend ein Kompromiss vor, der nach Überzeugung des Landtagsabgeordneten Uli Sckerl wie immer bei solchen Verhandlungen „Licht und Schatten“ enthält. Man könne sich nun aber keine Rosinen herauspicken. Schwierige Fragen müssten bei den nun folgenden Gesetzesverhandlungen noch befriedigend gelöst werden. „Kretschmann hat viel herausgeholt für Land, Kommunen und z.B. für die ehrenamtlichen Bürger“, ist sich der Grüne sicher. Vor allem der Einstieg des Bundes in eine strukturelle Finanzierung sei ein Erfolg für das Land und die Kommunen. Ab 2016 zahle der Bund eine Kopfpauschale von monatlich 670 Euro an die Länder. „Die Kommunen in Baden-Württemberg können damit vom Land weiterhin die vollen Kosten für die Unterbringung und Betreuung erstattet bekommen. Für die Jahre 2014 und 2015 sind bereits kostendeckende Pauschalen vereinbart. Das wird auch 2016 weitergehen“, kündigte Sckerl an. Das neue Wohnbauprogramm bringe Baden-Württemberg ab 2016 zusätzlich ungefähr 65 Mio. für die Kommunen und werde vom Land noch deutlich verbessert.

Es sei ein wichtiger Durchbruch für legale Einwanderung insbesondere für Flüchtlinge aus den Ländern des Balkans erzielt worden. Wer eine Arbeit erhalte, könne künftig einwandern. Es könne damit vermieden werden, dass diese weiterhin versuchen, über das Asylrecht nach Deutschland zu gelangen. Die Erweiterung der Zahl der so genannten sicheren Herkunftsländer habe man auf 2 Jahre begrenzt, um endlich seriös zu erfahren, ob dieses Instrument überhaupt wirke. Jetzt gelte es, die Situation für die Flüchtlinge, Helfer und Kommunen zu entlasten. Für die Kommunen spiele dabei die Gesundheitskarte eine wichtige Rolle: „Die Gesundheitskarte bist eine erhebliche Entlastung der Kommunen und soll schnell kommen“, so Sckerl.

In der Asylpolitik gelte es derzeit einen schwierigen Spagat zu meistern: „Während wir den vielen Menschen auf der Flucht vor Gewalt, Tod und Krieg aus unserer humanitären Verantwortung heraus helfen müssen, ist es unumgänglich, den großen Antragsstau zu reduzieren und die Verfahren zu beschleunigen. Viele heftige Versuche das Asylrecht grundsätzlich zu beschneiden konnte man in den Verhandlungen abwehren.

Die vor allem von der CSU verlangte generelle Umwandlung von Geld- in Sachleistungen bleibt in der Zuständigkeit der Länder. „Wir wollen das in Baden-Württemberg nicht machen. Alle Untersuchungen haben gezeigt dass Sachleistungen wegen des damit verbundenen bürokratischen Aufwands deutlich teurer sind. Hier müsse man die praktizierte Selbstbestimmung der Flüchtlinge beibehalten und den Kommunen und Kreisen nicht noch mehr aufbürden“, sagte Sckerl abschließend.